

# Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend. Abonnementpreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk. Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:  
Leipzig  
Selzer Straße 32, IV., Volkshaus  
Telephon 7508.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einpaltige Petition oder deren Raum berechnet. - Inlrate werden nur gegen vorherige Einlegung des Betrages aufgenommen.  
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7526 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 24.

Sonnabend, den 12. Juni 1915.

19. Jahrgang.

## Die Kriegsleistungsgemeinschaft.

II.

### Die private Bautätigkeit

nimmt mit der Länge des Krieges immer mehr ab. Nur einige Städte bilden eine Ausnahme, in denen besondere lokale Verhältnisse es bedingen. In den ersten Frühjahrsmonaten wurden die aus dem Vorjahre und Winter stammenden Bauten fertiggestellt. Es handelt sich meist um Fuß- und innere Arbeiten oder sonst notwendig gewordene Umbauten und Reparaturen. „Zur Zeit ruht die private Bautätigkeit fast allgemein.“ So und ähnlich lauten die Berichte aus allen Landesteilen, aus großen und kleinen Orten und aus den Landgebieten. Besonders aus letzteren, und unter diesen wieder aus Mecklenburg, wird die Lage recht trostlos geschildert. Die Großgrundbesitzer und die Bauern halten mit der Arbeit zurück, abgesehen hier die Dinge, besonders in der Geld- und Hypothekfrage, nicht so ungünstig liegen wie für den städtischen Bauherrn. An den zu Beginn des Krieges stillgelegten Bauten sind die Arbeiten zum größten Teil wieder aufgenommen und ihrer Vervollendung entgegengeführt worden. Es liegen aber auch noch eine erhebliche Anzahl Bauten still. So zum Beispiel in Stettin fünf große Wohnhäuser, da die Besitzer weder Baugelder noch Hypotheken bekommen konnten. In Westpreußen sind Anstaltbauten in größerem Umfang nicht wieder aufgenommen. In Posen Wohnhäuser und Umbauten. Das gleiche gilt für Leipzig, Dresden, Chemnitz, Meerane, Reichenbach, Altenburg, Magdeburg, Halle, Wittenberg und Helmstedt. In Stuttgart ruht die Arbeit an 52 Wohnhäusern und Umbauten, in Hannover an 3, Braunschweig 1, Erfurt 4, Pforzheim 13, Karlsruhe 7 und Heidelberg 3. In letzterem Orte sind zur Zeit nur zwei kleinere Bauobjekte vorhanden, und in Weinheim fehlt es überhaupt an jeder Arbeit. Die Bauarbeiter haben in andern Industrien Unterkommen suchen müssen. Im rheinisch-westfälischen Gebiet liegen noch eine erhebliche Anzahl Privatbauten still, insbesondere viele Bauten der großen Werke und unter diesen besonders die jener Werke, die mit ausländischem Kapital gespeist werden.

Unter vielen andern beschäftigte sich auch der Ortsausschuss in Mannheim mit der Feststellung der liegengelassenen Bauten, um womöglich deren Fortführung zu erlangen, was ihm auch in drei Fällen gelang. Als Ursache der Stilllegung stellte er fest: die Einberufung der Unternehmer, vor allem aber der Mangel an Hypothekengeldern. Um die schwierige Hypothekenbeschaffung zu bessern, wurden mit den hauptstädtischen Geldinstituten und der städtischen Sparkasse Besprechungen eingeleitet. Ein Direktor der ersteren erklärte, daß sie eigentlich viel weiter gingen als andre Banken, die während des Krieges überhaupt keine Bauobjekte beileihen. Auch seine Bank könne nur Hypotheken gewähren von 35 bis 50 Prozent. Die Sparkasse gewährt noch Geld bis zur Höhe von 60 bis 70 Prozent des Tagwerts, ist aber auch beschränkt durch den Mangel an Mitteln, da hohe Summen für die Kriegsanleihen bereitgestellt wurden. Unter diesen Umständen ist die private Bautätigkeit sehr erschwert, ja fast unmöglich geworden. Ende 1914 waren bereits 100 Bauobjekte genehmigt, von denen aber unter den geschädigten Verhältnissen die meisten noch der Ausführung harren. Aus diesem Beispiel ist ersichtlich, wie durch das Versiegen der Geldquellen die Wiederbelebung der privaten Bautätigkeit leidet. Aus allen Teilen des Landes gehen die gleichen Klagen ein.

Die Landesversicherungsanstalten haben auf die Eingaben der Bezirksausschüsse zum Teil noch gar nicht geantwortet. Soweit Antworten eingingen, wird mitgeteilt, daß für Beleihung von Privatbauten nur geringe Mittel unter besonderen Garantien zur Verfügung stehen, oder infolge anderer und älterer Verpflichtungen Gelder nicht hergegeben werden können. Eine erfreuliche Einwirkung unternahm die bayerische Regierung, wie aus einem Schreiben an den Bezirksausschuß der Pfalz zu ersehen ist.

Das völlige Daniederliegen der privaten Bautätigkeit ist also zum größten Teil auf die Unmöglichkeit der Geldbeschaffung zurückzuführen. Soll einer fürchterlichen Krise im Baugewerbe vorgebeugt werden, so müssen die Organe der Arbeitsgemeinschaft unausgesetzt tätig sein und auf die maßgebenden Kreise, als das sind: Behörden, öffentliche, amtliche und während des Krieges gebildete Kreditinstitute, sowie auf private Institute und Stiftungen einwirken, damit, wenn unsre Brüder aus dem Felde zurückfluten, sie nicht eine erschreckende Arbeitslosigkeit vorfinden. Es wäre ein nicht abzuschätzender Zustand, wenn die Männer, die monatelang Not, Gefahren und Entbehrungen aller Art für ihr Vaterland ertrugen, in der Heimat der Not und Entbehrung entgegengingen, die Arbeitslosigkeit im Gefolge hat. Dem vorzubeugen muß eine Ehrenpflicht der Zuhausegebliebenen sein.

Daß die schwache Bautätigkeit nicht in allen Fällen auf das Fehlen von Hypotheken zurückzuführen ist, sondern auch manchmal dem Mangel an spekulativem Bedürfnis entspringt, beweisen die Antworten der städtischen und städtischen Sparkassen in Gera auf die Eingaben des dortigen Ortsausschusses. Die Kassen möchten die auszuweisenden Gelder angeblich gern im Fürstentum unterbringen, müssen aber auf Grund mangelnder Gesuche diese Gelder oft im sogenannten Auslande unterbringen. Aus Meiningen und Suhl

wird berichtet, daß die Sparkassen bereit sind, Hypotheken auf sichere Objekte zu geben, doch lehnen die Arbeitgeber in den dortigen Ortsausschüssen es ab, Eingaben an die Sparkassen zu richten. In sehr vielen Orten haben sich die Ortsausschüsse noch nicht entschließen können, an die Sparkassen und andre Institute heranzutreten und diese vorwärts zu drängen. Wird der dem Reichstage vorliegende Entwurf eines Gesetzes, betreffend Einschränkung der Verfügungen über Miet- und Pachtzinsforderungen mit einem entsprechenden Schutz für Mieter, Gesetz, so dürfte auch hierdurch eine Befruchtung der Unternehmungslust zu erwarten sein.

Eine Arbeitsgemeinschaft befaßte sich auch mit der Frage, ob genügend Mauersteine zur Verfügung stehen. Sie hat eine befriedigende Antwort erhalten. Ferner mit der Verteuerung der Baumaterialien, insbesondere des Zements und der Materialien für Maler und Anstreicher. Die Regierung soll angeregt werden, Höchstpreise festzusetzen. Eingehende Berechnungen ergaben eine erhebliche Verteuerung des Bauens. Unter den Gründen spielt auch die Verminderung der Arbeitsleistungen eine Rolle, da insbesondere die leistungsfähigsten Arbeitskräfte (geistige wie mechanische) durch den Krieg dem Bau entzogen sind.

### Die öffentliche Bautätigkeit

stüht sich zur Zeit auf staatliche und kommunale Bauten und auf solche, die im Zusammenhang mit der Waffen- und Munitionsfabrikation ausgeführt werden. Die Baubehörden haben im allgemeinen den Anforderungen der Zeit entsprochen; sie haben die bei Beginn des Krieges stillgelegten Bauten wieder in Angriff genommen und neue Arbeiten nach Möglichkeit gefördert. Das ist nicht überall freiwillig geschehen, sondern den Bezirks- und Ortsausschüssen bot sich hier ein reiches Arbeitsfeld. Die Tätigkeit war aber zumeist mit Erfolg gekrönt. Es ließe sich hierfür ein reichhaltiges und umfangreiches Material beibringen, aus dem allein ersehen werden kann, wie notwendig die Bildung der Arbeitsgemeinschaft war und wie verdient um das allgemeine Wohl und um das Wohl der Angehörigen der Bauberufe sich diese Einrichtung gemacht hat. Wie aus mehreren Bezirken berichtet wird, gehen diese Arbeiten der Vervollendung entgegen. Wenn kein Ersatz geschaffen wird, so ist eine Steigerung der Arbeitslosigkeit zu erwarten. Vielfach wird Klage geführt, daß Bauten, für deren Beginn alle Vorbereitungen getroffen sind, immer noch nicht begonnen werden. Dazu gehören die beiden Bahnhofsbauten in München. Diese liegen seit dem Herbst vollständig still.

Es sei zum Schluß gestattet, unter mehreren zwei erfreuliche Berichte auszugeweiht wiederzugeben. Die Kommission des Ortsausschusses für Karlsruhe fand eine sehr verdienstvolle Aufnahme beim Oberbürgermeister dieser Stadt. Die Stadt habe bisher getan, was in ihren Kräften stand; so solle es auch bleiben. An Hochbauten sei allerdings für die nächste Zeit wenig Aussicht, dafür seien aber reichlich Straßenbauten in Aussicht genommen. Auch die Nebengewerke werden reichlich Beschäftigung finden durch die Fertigstellung der im Bau begriffenen Schulen sowie durch die Wiederinstandsetzung der von der Militärverwaltung in Benutzung genommenen Schulhäuser nach Beendigung des Krieges. Außerdem wird ein Kanalisierungsprojekt so vorbereitet, daß es sofort beim Friedensschluß in Angriff genommen werden kann.

Die Baudeputation der Stadt Hamburg hatte die Vertreter der Kriegsleistungsgemeinschaft zu einer persönlichen Besprechung geladen, in der die Regierungsvertreter einen ausführlichen Bericht über das Bauprogramm für das Jahr 1915 gaben. Danach sollen vergeben werden und sind schon vergeben: 23 größere und kleinere Neu- und Umbauten für 6 Mill. Mark, außerdem Bauten in Vorbereitung für 4 Mill. Mark; Unterhaltungsarbeiten, Erneuerung von Schulinventar ufm. für 2 Mill. Mark. Insgesamt für etwa zwölf Millionen Mark Bauarbeit. Auf Anfrage, welche Arbeiten die Baudeputation bei Beendigung des Krieges vorgehense haben, wurde erwidert, daß eine Umfrage an alle Baubehörden im Gange sei, welche und was für Bautätigkeiten in den einzelnen Abteilungen für die Zukunft noch benötigt werden. Sobald das Ergebnis dieser Umfrage der Baudeputation bekannt sei, würde dieselbe die Vorarbeiten zu weiteren Bauten sofort beginnen. Hermann Silber Schmidt.

## Noch einige Antworten auf unsere Petition wegen der Eisenzufuhr.

In den letzten Tagen gingen uns wieder einige Antworten auf unsere Petition zu, die wir deshalb bekanntgeben, weil Städte in Frage kommen, die früher mit Vorliebe ausländisches Eisenmaterial bestellten und dies teilweise heute noch tun. Die Antworten lauten:

**Der Oberbürgermeister.** Barmen, den 28. Mai 1915.  
In dieser Stadt wird bereits seit mehreren Jahren ausländisches Pfaltersteinmaterial nicht mehr verarbeitet und wird voraussichtlich auch in absehbarer Zeit nicht mehr verwandt werden.

Diese Antwort freut uns sehr. Damit ist hoffentlich erreicht, daß Barmen seinen Pfaltersteinbedarf zukünftig völlig im Inlande deckt.

**Magistrat der Schl. Reichshadt Charlottenburg.**  
Charlottenburg, den 29. Mai 1915.  
Zum Schreiben vom 7. Mai 1915.

Im Interesse der Tiefbauverwaltung werden die erforderlichen Steinmaterialien, soweit es irgend möglich ist, im Inlande vergeben.

Die Antwort ist ziemlich beifällig. Wir wollen aber loyalerweise voraussetzen, daß unter dem „irgend möglich“ doch der Schlößchen gezogen werden kann, daß Charlottenburg keine Steine vorwiegend aus dem Inlande bezieht.

**Der Oberbürgermeister.** Gelsenkirchen, den 20. Mai 1915.  
Die Stadtverwaltung Gelsenkirchen hat stets die Interessen der deutschen Steinindustrie in weitestem Maße berücksichtigt. Die hiesigen Unternehmer von Steinarbeiten haben mit ihren Arbeitern über die Lohn- und Arbeitsbedingungen Tarifverträge abgeschlossen.

**Der Oberbürgermeister.** Mainz, den 31. Mai 1915.  
Auf die gedruckte Zuschrift vom 14. d. M. erwidere ich ergebenst, daß der von der Stadt Mainz benötigte Bedarf an Pflastersteinen gegenwärtig von fünf Lieferanten, deren Brüche in der Pfalz gelegen sind, bezogen wird. Ausländisches Pflastermaterial bezieht die Stadt schon seit Jahren nicht mehr. Auch diese Nachricht vermerken wir mit Genugtuung.

**Der Magistrat der Stadt Flensburg.**  
Flensburg, den 31. Mai 1915.  
Hier liegt zur Zeit ein Bedarf an Pflastersteinen nicht vor; eine größere Werksteinlieferung für einen Hafenbau ist vor kurzem in deutschem Grantit ausgeführt.

Der Flensburger Magistrat hat allerdings nicht angegeben, wer früher die Gesteinslieferungen bekam. Diese Konstatierung hätte uns sehr interessiert. Wir haben zum Magistrat die Zusage erhalten, daß er in Zukunft über die Wünsche der deutschen Pflastersteinarbeiter nicht zur Tagesordnung übergeht.

## Zur Beschäftigung von Kriegsgefangenen.

Von der großen Zahl der Kriegsgefangenen ist schon ein erheblicher Teil in der Industrie tätig. Aus den verschiedensten Steinindustriekreisen gingen uns ebenfalls Meldungen zu, daß Kriegsgefangene als Arbeiter angeworben wurden. Die „Arbeitsgemeinschaft“ ist nun bemüht, darzulegen, daß die Bestimmungen, unter denen die Kriegsgefangenen in der Industrie tätig sein können, viel zu streng seien. Das Blatt schreibt:

In sachmännlichen Kreisen wurde festgestellt, daß die Beschäftigung von Kriegsgefangenen, auf die die Industrie nun einmal angewiesen ist, sich viel zu teuer stellt. Der Grund dafür ist in der, wie es scheint, maßgebenden Ansicht der Reichsarbeitszentrale über den Entschädigungsanspruch zu erblicken, der von dem Unternehmer an die Staatsverwaltung für Ueberlassung der Kriegsgefangenen zu zahlen ist. Wie solcher gilt, wie es in den einschlägigen Bedingungen weiter heißt, bei Beschäftigung in ungelerneter Arbeit der ortszübliche Tagelohn, bei solcher in gelernter Arbeit der Tariflohn oder in Zweifelsfällen der ortszübliche Tagelohn mit 50 Prozent Zuschlag.

Der nun erweist die Erfahrung, daß die Reichsarbeitszentrale nicht ohne maßgebende Befürde hierbei von einer unzutreffenden Annahme ausgeht, indem sie die Leistung des Kriegsgefangenen mit der des freien deutschen Arbeiters gleichwertig betrachtet. Hieron kann tatsächlich aber gar keine Rede sein. Abgesehen davon, daß die fremden Arbeiter schon an sich durch die ihnen nicht geläufigen Betrieb, im Verkehr, in der Gewohnheit usw. an einer gleichwertigen Tätigkeit verhindert werden, so gehen ihnen auch in der Regel geringere Grade der Handfertigkeit, des Intellekts und des Fleißes, der dem deutschen Arbeiter an- und seiner Raffeneigenschaft, seiner Schulbildung und des geistigen Standes unseres nationalen Lebens eigen ist. Die Leistungsfähigkeit der Kriegsgefangenen im Betriebe ist daher erheblich geringer als diejenige der entsprechenden deutschen Arbeiter, und es muß daher mit aller Entschiedenheit betont werden, daß die Rechnung der Reichsarbeitszentrale unzutreffend ist und für die deutsche Industrie und das deutsche Wirtschaftsleben durch diese Grundfrage beruhende Bestimmungen für die Beschäftigung von Kriegsgefangenen nachteilig ist.

Vor dem Kriege herrschte in Unternehmerkreisen eine andre Stimmung vor, als wie diese jetzt in der „Arbeitsgemeinschaft“ zum Ausdruck kommt. Sehr häufig wurden dem deutschen Arbeiter die Ausländer als wahre Musterknaben hingestellt, die außerordentlich leistungsfähig seien.

In der Steinindustrie konnte man sehr häufig die Wahrnehmung machen, daß gegenüber dem ausländischen Arbeiter der einheimische hintangestellt wurde. Jetzt auf einmal entdeckt auch die „Arbeitsgemeinschaft“, daß dem deutschen Arbeiter gute Eigenschaften innewohnen. — Wir werden uns dies merken. Die organisierten Arbeiter müssen aber daran festhalten, daß die Bestimmungen der Reichsarbeitszentrale strengstens eingehalten werden. Wenn es nach den Wünschen der Unternehmer ainkt, dann würden sicherlich dieöhne der deutschen Arbeiter auch noch gedrückt werden.

Die Steinarbeiter werden die Heranzüchtung von Kriegsgefangenen besonders scharf beobachten müssen, schon deswegen, weil in manchen Gebieten seitens der Unternehmer die geheime Sperrre noch aufrechterhalten wird.

## Erweiterung der Kriegswochenhilfe

Nach den bisherigen Bestimmungen der Kriegswochenhilfe konnten nur die Frauen von Kriegsgefangenen Unterstützung erhalten, deren Männer vor Eintritt in den Seeresdienst entweder in den verlassenen 12 Monaten 26 Wochen hindurch oder unmittelbar vorher 6 Wochen einer Krankenkasse angehört hatten. Nur für die Angehörigen der Seeschiffahrt der Seefahrtszeit galt diese Vorrichtung nicht. Dadurch war für einen aus erheblichen Teil der Kriegervölker kein Anrecht auf die Wochenhilfe des Reiches vorhanden. Alle Kleingewerbetreibenden, Händler, zum Teil auch Steinarbeiter, waren nicht genau Krankheitsversicherer. Aber auch den Angehörigen von Kasernenmitgliedern mußte häufig die Unterstützung verweigert werden, weil die Männer verkränkt hatten, bei Arbeitslosigkeit oder Berufsmangel ihre Mitgliebschaft bei der Kasse fortzusetzen.

Jetzt ist die Kriegswochenhilfe nun ausgedehnt worden auf alle minder bemittelten Frauen, deren Männer dem Staate Seeresdienste leisten. Als minderbemittelte gelten von vornherein alle Frauen, die Kriegsunterstützung erhalten und ferner diejenigen, deren Familien Einkommen vor dem Kriege in der Regel nicht mehr als 2500 Mk. betragen hat und deren heutiges Einkommen nicht mehr als 1500 Mk. ausmacht. Nur jedes ligen vor



...treffen nur Ausbildung derer, die ihren bisherigen Beruf...

Der Redner streift dann noch einige Fragen der Monopol...

So erwachen den Gewerkschaften vielerlei Aufgaben, von deren...

Korrespondenzen.

Bunzlau. In der am 21. Mai tagenden Versammlung wurde...

Wien. Die am 5. Mai tagende Versammlung hatte...

Rechenbach am Main. Am Sonntag, den 2. Mai, fand im...

Frankfurt a. M. Am 18. Mai fand unsere Monatsversamm...

Freiwillig-Mitteilungen.

Es werden hiermit noch 11 Tage Urlaub erhalten. Meine...

Es wird notwendig sein, daß mit diesen Zeiten nach dem...

Besten Gruß L. A.

Rundschau.

Das Eisenerzeugnis erhielten die Kollegen Otto Graul aus...

Das Haupttarifamt für das Baugewerbe trat am 19. Mai in...

Aus der schwedischen Steinindustrie. Die schon im letzten...

Die sozialdemokratische Parteileitung hat bei der Regierung...

Die Ausschüsse der schwedischen Steinarbeiter sind also für...

Anton Kalth. In München starb am 23. Mai der Geselle...

Steinbedarf. Zur Vergebung gelangen: Eisenbahnstation...

Literarisches.

Der Arbeiter in Deutschland. Von Robert Schmidt, Mit...

Allgemeine Bekanntmachungen.

Bunzlau. Dem Steinmetz Franz Duplo, geb. 25. Dez. 1878...

Georg Hinfoser, geboren in Paderborn, Niederbayern...

Der Steinmetz Peter Ebert wird ersucht, seinen Ver...

Dem Plastersteinarbeiter Paul Sausch, geboren am 11. Oktober...

Adressen-Änderungen.

Hok (Oberpfalz). Vorl.: Johann Färber, Pfostenbürger Str...

Briefkasten.

Oberwald. Wenn Kollegen auf unbestimmte Zeit vom Heer...

Anzeigen

Steinhauer, Steinrichter und Steinstoßer für Granit 1 Schmied...

Pflastersteinmacher für Granit- und Schotterwerk...

Tüchtige Maschinenspalter (Ennem Bornholm) suchen bei guten Affordlagen...

Zehn tüchtige Granitsteinhauer werden für unseren Arbeitsplatz in Bühlertal...

Kleinpflaster-Arbeiter für unseren bei Marktredwitz gelegenen Wölsauer...

Tüchtige Steinhauer auf Muschelkalkstein gesucht...

Tüchtiger Sandsteindreher für dauernde Arbeit wird sofort eingestellt...

Tüchtige Steinmetzen wie auch ein Schritthauer finden dauernde Beschäftigung...

2 tüchtige Steinbruchschmiede bei hohen Löhnen und dauernder Beschäftigung...

Muschelkalk-Steinmetzen in unseren Betriebsstellen Gehespitz bei Neu-Benburg...

Marmorsteinmetzen u. Versetzer stellt sofort ein Vereinigte Fichtelgebirgs-Granitwerke...

Im Felde gefallen sind nachstehende Kollegen: Karl Ripberger, 20 Jahre alt...

Gestorben. Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht...